

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 02.09.2019:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 25. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 03.06.2019		
2.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.06.2019: Einrichtung einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	98/19	einstimmig
3.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 22.11.2018; Konzept zur Stärkung der Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis; hier Sachstandsbericht		
4.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg und der Fraktion GRÜNE im Kreistag Rhein-Sieg vom 13.08.2019: Referenten zum Thema "Gewaltopfergruppe Männer" einladen	99/19	einstimmig
5.	Förderung des Vereins kivi e.V.; hier: Bericht zum Fortgang der Projekte und Freigabe der Fördermittel 2019	100/19	einstimmig
6.	Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen; hier: Antrag des SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. auf Übernahme von Eigenmitteln	101/19	einstimmig
7.	Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Informationen zum Sachstand		
8.	Weiterentwicklung des Schutzangebotes für Frauen und Kinder im Rhein-Sieg-Kreis	102/19	einstimmig
9.	Förderung der Beratungsarbeit der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V.; hier: Aufhebung eines Sperrvermerks	103/19	MB ./ AFD
10.	Kommunales Integrationszentrum - Aktueller Sachstand		
11.	Mitteilungen und Anfragen		

	Nichtöffentlicher Teil		
12.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 02.09.2019:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:48 Uhr
Ort der Sitzung: Raum Rhein
Datum der Einladung: 22.08.2019
Datum der Nachversendung: 28.08.2019

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Hildegard Helmes
 Frau Notburga Kunert
 Frau Sigrid Leitterstorf
 Herr Raimund Schink
 Herr Matthias Schmitz

Vertreterin für Abg. Gebauer

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Harald Eichner
 Frau Cornelia Mazur-Flöer

Stv. Vorsitzende

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
 Frau Johanna Bientreu
 Frau Gabi Deussen-Dopstadt

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Renate Frohnhöfer

Vertreterin für Abg. Küpper

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Lydia Grüner
 Frau Jenny Hoffmann
 Frau Jutta Manstein
 Herr Ludwig Neuber

Vertreterin für SkB Diegeler-Mai

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Ingo Degenhardt
 Herr Matthias Großgarten
 Herr Nils Suchetzki

Vertreter für Abg. Herchenbach-Herweg

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Andreas Danne
Herr Michael Droste

Vertretung für SkB Droste bis 16:18 Uhr
anwesend ab 16:18 Uhr

Sachkundige/r Bürger/innen FUW/Piraten

Herr Herwart Weinrich

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Dr. Edward von Schlesinger

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Harald Klippel

Schriftführer/in

Frau Nadine Klein

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Katharina Gebauer

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Veronika Herchenbach-Herweg

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Christoph Küpper

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Anna Diegeler-Mai

VertreterInnen der Verwaltung:

Dezernent Schmitz
Ltd. KVD Liermann
KVOR'in Lübbert
KAR'in Schneider
VA'e Farshi
VA'e Lindemann
KAF Milde
VA'e Helmich
VA'e Reyes-Päcke

Gäste:

Herr Allroggen

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Zu Beginn der Sitzung begrüßte die stv. Vorsitzende Abg. Mazur Flöer alle Anwesenden und erklärte, sie werde die heutige Sitzung stellvertretend für die terminlich verhinderte Vorsitzende Abg. Gebauer leiten.

Daraufhin meldete sich SkB Danne zu Wort, um mitzuteilen, dass sich SkB Droste aufgrund von Störungen im Bahnverkehr verspäten werde und dass er ihn, solange es nötig sei, für die Kreistagsfraktion DIE LINKE vertrete. Er selbst sei bereits SkB im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit. Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass Herr Danne, weil er bereits verpflichtet sei, als Vertreter anerkannt werden könne.

Als Nächstes stellte die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer die form- und fristgerechte Einladung vom 22.08.2019 inklusive der nachversandten Unterlagen zum Tagesordnungspunkt 9 vom 28.08.2019 fest und fragte nach, ob es hierzu noch Änderungswünsche gebe.

SkB Danne bat darum, den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/ Piraten vom 12.06.2019 (TOP 2) erst nach dem Tagesordnungspunkt 10 zu behandeln. Als Begründung trug er vor, dass eine fundierte Begründung des Antrages lediglich durch den SkB Droste erfolgen könne.

Der Bitte wurde einstimmig entsprochen.

Anmerkung: Der Übersichtlichkeit halber erfolgt die Protokollierung in der Reihenfolge der Tagesordnung.

1	Niederschrift über die 25. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 03.06.2019	
---	---	--

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift vorgetragen, sodass die Niederschrift damit anerkannt ist.

2	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.06.2019: Einrichtung einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

SkB Droste erläuterte den Antrag seiner Fraktion und der Kreistagsgruppe FUW/ Piraten. Dabei verwies er auf den von VA'e Lindemann gehaltenen Vortrag in der letzten Ausschusssitzung, in der sie auf das Thema „sexualisierte Gewalt gegen Frauen“ zu sprechen gekommen sei. Seine Fraktion und die vorgenannte Kreistagsgruppe stelle sich die Frage, wie das Thema erweitert werden könne, bspw. um den Personenkreis der Männer oder LSBTIQs (**L**esben, **S**chwule, **B**isexuelle, **T**rans*, **I**nter* & **Q**ueers; engl. LGBTIQ = Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgenders, Intersex & Queers). Ebenso wüssten die Antragsteller gerne, wie der östliche Rhein-Sieg-Kreis bei dem Thema ausgestattet sei.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Eichner wies darauf hin, dass - wie in der Vorlage erwähnt - die Geschäftsführerin des Vereins „Frauen gegen sexualisierte Gewalt e.V.“, Frau Conny Schulte, in der Ausschusssitzung am 28.01.2019 die Arbeit der Beratungsstelle des Vereins vorgestellt und in diesem Zusammenhang ihre Unterstützung für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis angeboten habe. Somit habe auch der östliche Rhein-Sieg-Kreis bei Bedarf die Möglichkeit sich an diese Beratungsstelle zu wenden.

Des Weiteren nahm er Bezug auf den in der Vorlage gemachten Vorschlag, der Rhein-Sieg-Kreis solle Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration zur Beratung einladen, die sich gegen sexualisierte Gewalt engagieren. Er gab zu bedenken, dass die Verwaltung zunächst wissen müsse, ob es überhaupt konkrete Vertreter für diesen Bereich gebe; und wenn ja, welche, damit man diese auch tatsächlich einladen könne.

Darüber hinaus kritisierte Abg. Eichner, dass der Antrag laute, mit Vertretern sei zu erörtern, „wie eine Beratungsstelle im östlichen Bereich eingerichtet werden könnte“. Statt direkt auf das „wie“ abzustellen, müsse geklärt werden, „ob“ überhaupt eine Beratungsstelle speziell für den östlichen Rhein-Sieg-Kreis eingerichtet werden müsse, zumal hiermit ein erheblicher finanzieller Aufwand verbunden sei.

Ferner bat Abg. Eichner genauer zu erläutern, weshalb sich der Antrag lediglich auf den östlichen Rhein-Sieg-Kreis beschränke und andere Regionen außen vor lasse. In diesem Zuge warnte er vor der Gefahr einer Stigmatisierung und einem falschen Bild dieses Kreisgebietes.

Abg. Deussen-Dopstadt betonte, es sei Aufgabe der Fraktionen, sich als politische Vertretung im Kreistag sachkundig zu machen, falls es konkrete Hinweise gebe, dass im östlichen Rhein-Sieg-Kreis kein Angebot für von Gewalt betroffene Frauen vorliege. Daher unterstütze sie den ersten Teil des Antrages, Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen einzuladen, die sich gegen sexualisierte Gewalt einsetzen. Hinsichtlich des zweiten Teils schlug sie im Namen ihrer Fraktion vor, diesen nicht in einem Beschluss zu implizieren, da man in der heutigen Sitzung zu keinem Ergebnis kommen könne. Eine Entscheidung über die Einrichtung einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im östlichen Rhein-Sieg-Kreis könne erst getroffen werden, wenn genauere, nachweisbare Informationen über die Notwendigkeit einer solchen Stelle vorliegen.

SkB Droste schloss sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an und stimmte Abg. Eichner dahingehend zu, dass die Formulierung falsch gewählt und mit dem Antrag die Klärung intendiert sei, „ob“ eine derartige Beratungsstelle eingerichtet werden könne. Eine Stigmatisierung wegen der Beschränkung auf den östlichen Bereich sei keinesfalls beabsichtigt gewesen.

In der Sache führte er weiter aus, dass zwar Recherchen bereits stattgefunden, aber zu keinem Ergebnis geführt hätten. Daher wolle man über die Verwaltung Experten einladen, um Aufschluss darüber zu bekommen, ob zusätzlicher Bedarf bestehe.

Abg. Schmitz unterstützte die Einschätzung, dass der Ausschuss derzeit noch nicht in der Lage sei, über den gesamten Antrag zu entscheiden, da die notwendigen Grundinformationen fehlen. Ferner drückte er ebenfalls seine Verwunderung über die Begrenzung auf den östlichen Teil des Rhein-Sieg-Kreises aus und erklärte, dass dies im Antrag nicht ausreichend begründet worden sei. Gleichwohl erklärte er im Namen seiner Fraktion seine Bereitschaft hier bei Bedarf aktiv zu werden.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Eichner hob hervor, dass er kein Problem darin sehe, Experten in den Ausschuss einzuladen. Es sei jedoch wichtig zu wissen, wer zu dieser Thematik Hilfestellung geben könne bzw. wer für den Bereich der sexualisierten Gewalt zuständig sei. Des Weiteren sei hinsichtlich des regionalen Aspekts zu überlegen, wo eine derartige Beratungsstelle benötigt werde. Dabei werde z.B. auch die Frage relevant, ob der Standort Bonn als Versorgungsstelle für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis ausreiche oder man im Kreis selbst eine oder mehrere Stellen einrichten müsse.

VA'e Lindemann wies die Ausschussmitglieder in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass es neben der Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt in Bonn zwar eine Vielzahl von Stellen in der Region gebe, die zu dem Thema „sexualisierte Gewalt“ beraten, zu denen u. a. die Frauenberatungsstellen, der Kinderschutzbund, die Jugendämter, die Jugendhilfezentren und für Männer Pro Familia gehören würden; allerdings stelle das Thema „sexualisierte Gewalt“ lediglich einen von vielen Punkten der häuslichen Gewalt dar, weshalb es schwierig sei, diese Form speziell herauszufiltern und hierzu Vertreter zu finden. Auch sei es schwer, hierzu Statistiken zu finden, die genaue Zahlen liefern können.

SkB Droste verwies hierzu nochmals auf die in der letzten Ausschusssitzung geführte Diskussion, in der es darum gegangen sei, den Blickwinkel zum Thema „häusliche Gewalt“ auf andere Personenkreise, wie z.B. Männer zu erweitern. Daher umfasse die Vorlage nun weitere Personenkreise.

Hierauf bezogen informierte VA'e Lindemann die Ausschussmitglieder darüber, dass - wie zu TOP 4 beschlossen - in der nächsten Sitzung ein Vortrag der Landesfachstelle Männerarbeit Sachsen Bestandteil sein werde und hierbei auch das Thema „sexualisierte Gewalt bei Männern“ zur Sprache käme.

Abg. Frohnhöfer stimmte dem Antrag grundsätzlich zu. Auch sie bekräftigte, ihr lägen keine Erkenntnisse vor, dass das Angebot der Beratungsstelle in Bonn, die sich in der Ausschusssitzung am 28.01.2019 vorgestellt habe, nicht ausreiche. Sollte dies so zutreffen, könne sie sich das lediglich mit der räumlichen Entfernung erklären.

VA'e Lindemann stellte zu der Vorstellung am 28.01.2019 nochmals klar, dass die Präsentation der Bonner Beratungsstelle im Kontext mit dem Projekt Luisa stattgefunden habe. Insgesamt hätten drei Beratungsstellen ihre Präventionsprogramme zur sexualisierten Gewalt vorgestellt, worunter Bonn nur eine davon gewesen sei.

Mit Zustimmung der Antragsteller ließ die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer lediglich über den ersten Teil des Antrags in der sich aus der Diskussion ergebenden Formulierung abstimmen. Sodann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.
98/19

„Die Verwaltung wird beauftragt, Vertreterinnen von Vereinen, die sich gegen sexualisierte Gewalt engagieren, zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration einzuladen und mit ihnen zu erörtern, ob eine Beratungsstelle im östlichen Rhein-Sieg-Kreis eingerichtet werden könnte. Dabei sollen Vertreterinnen aus dem möglichen Spektrum sexualisierter Gewalt zur Beratung hinzugezogen werden, d.h. sexualisierte Gewalt gegen Frauen, gegen Männer, gegen Kinder, gegen Menschen mit Behinderung und gegen Mitglieder der LSBTIQ-Szene.“

Abst.-
Erg.:

Einstimmig

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 22.11.2018; Konzept zur Stärkung der Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Sachstandsbericht	
---	---	--

Unter Verweis auf die auf Seite 8 der Anlagen enthaltene Passage, in der es heißt „da keine ausgewiesenen Experten ermittelt werden konnten“, stellte Abg. Eichner die Frage, wie eine erfolgsversprechende Ausschreibung erfolgen könne, wenn man keine Experten kenne.

Daraufhin erklärte Ltd. KVD Liermann, dass diese Passage im Kontext zu den vorangegangenen Erläuterungen zu sehen sei. Zunächst habe die Verwaltung versucht, über den Bundesausschuss der Krankenkassen an entsprechende Experten zu gelangen. Da dieser Weg zu keinem abschließenden Ergebnis geführt habe, sollen nun Experten im Rahmen eines breitgestreuten Vergabeverfahrens angesprochen werden.

Inwieweit sich im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens bis Ende Oktober Experten mit dem notwendigen Fachwissen finden lassen, könne derzeit jedoch nicht abgeschätzt werden. Zum Sachstand könne in der nächsten Ausschusssitzung im November berichtet werden.

4	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg und der Fraktion GRÜNE im Kreistag Rhein-Sieg vom 13.08.2019: Referenten zum Thema "Gewaltopfergruppe Männer" einladen	
---	--	--

Abg. Deussen-Dopstadt bedankte sich zunächst im Namen ihrer Fraktion ausdrücklich bei der Verwaltung dafür, dass das Thema der letzten Ausschusssitzung am 03.06.2019 in der heutigen Sitzung aufgegriffen und der Antrag bearbeitet worden sei. Hintergrund des Antrages sei der Bericht der Opferschutzbeauftragten des Landes NRW gewesen. Dieser mache einerseits einen sehr hohen Bedarf an Netzwerkarbeit für von Gewalt betroffenen Männern deutlich und weise ferner auf die Tatsache hin, dass es im Gegensatz zu den für andere Opfergruppen bisher existierenden Strukturen nur sehr wenige Vermittlungsangebote für die Gewaltopfergruppe Männer gebe.

Sie betonte dabei, dass es aus Sicht der Fraktion wichtig und notwendig sei, neben dem Vorschlag, dass ein Mitarbeiter der Männerarbeit aus Sachsen hier vortragen werde, auch regionale Zahlen zu dieser Ausschusssitzung vorliegen zu haben. Hierzu wolle sie die Verwaltung beauftragen, nochmal dezidiert bei den regionalen Polizeibehörden nachzufragen, welche Opferzahlen dort vorliegen. Zwar habe Dezerent Schmitz diese wohl bereits bei der letzten Sitzung vorgetragen, allerdings solle man, um diesen Betrag und seine regionale Relevanz abschätzen zu können, auf Daten oder Erfahrungswerte von Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten, zurückgreifen können. Daher beantrage die Fraktion neben dem ursprünglichen Antrag, ebenfalls statistische Daten zu den Opferzahlen bei den Polizeibehörden zu erfragen und diese zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Die stv. Vorsitzende Mazur Flöer ließ über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss fasste damit folgenden Beschluss:

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
99/19 „Der Ausschuss beschließt, einen Referenten der Landesfachstelle Männerarbeit Sachsen in die Sitzung des Ausschusses am 27. November einzuladen, um die unterschiedlichen Aspekte von Gewalt gegen Männer darzustellen.“

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, neben dem ursprünglichen Antrag, ebenfalls dezidiert bei den regionalen Polizeibehörden nachzufragen, welche Opferzahlen dort vorliegen und Einsicht in die vorliegenden Daten der Polizeibehörden und anderer involvierter Behörden zu nehmen.“

Abst.-
Erg.: Einstimmig

5	Förderung des Vereins kivi e.V.; hier: Bericht zum Fortgang der Projekte und Freigabe der Fördermittel 2019	
---	---	--

Die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer begrüßte den Vorsitzenden des Vereins kivi e.V., Herrn Allroggen, der über den aktuellen Sachstand des Projektes „Mitten im Leben“ (nachfolgend: MiL) berichten werde.

Herr Allroggen begrüßte die Anwesenden und informierte eingangs darüber, dass sich der Verein kivi e.V. bereits seit vielen Jahren für das Thema Gesundheit einsetze und es sich zum Ziel gesetzt habe, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, aber auch die Lebensqualität von älteren Menschen im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern.

Herr Allroggen hob dabei aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit das Projekt „Quartier in Bewegung“ besonders hervor, welches kürzlich als eines von fünf Projekten mit dem „Gesundheitspreis NRW 2019“ ausgezeichnet worden sei und bereits in Troisdorf, Sankt Augustin und Swisttal umgesetzt werde. Ziel sei es hierbei, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsangebote zu stärken. Ein weiterer Schwerpunkt der Vereinsarbeit stelle das Projekt „MiL – Mitten im Leben“ dar. Dieses setze sich bereits seit drei Jahren für die älteren Menschen im ländlichen Raum ein und verfolge dabei im Wesentlichen das Ziel, das bürgerliche Engagement durch Partizipation zu stärken und die Lebensqualität älterer Menschen durch das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure wie der kommunale Verwaltung, von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verbänden nachhaltig zu verbessern.

Im Folgenden gab Herr Allroggen unter Verwendung der als Anlage zur Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation (Anlage 1) einen Überblick über die aktuellen Sachstände zu MiL in den jeweiligen Kommunen.

Herr Allroggen berichtete zunächst von einer positiven Entwicklung des Standortes Merten-Bach in Eitorf. Dort habe man neben einem intakten MiL-Team ebenfalls sowohl eine aktive Bürgerschaft als auch eine digitale Nachbarschaft nebenan.de erreichen können. Auch erfahre das Projekt dort weiterhin gute Unterstützung durch das Seniorenheim.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Hinsichtlich des ursprünglich geplanten Standortes in Eiseid, Neunkirchen-Seelscheid, bedauerte Herr Allroggen, dass kivi e. V. hier keine wirkungsvolle Resonanz habe finden können. Zwar sei seitens des Vereins der Bedarf gesehen worden; die Zusammenarbeit sei aber in Absprache mit der Bürgermeisterin vorzeitig beendet worden. Im Ortsteil Nackhausen sei man nun damit beschäftigt, ein neues MiL-Team aufzubauen. Aufgrund eingeschränkter finanzieller sowie personeller Ressourcen sei allerdings nur eine punktuelle Begleitung durch kivi e.V. möglich.

Herr Allroggen informierte weiter, dass in der Gemeinde Much zunächst MiL-Gruppen in den Ortsteilen Kranüchel und Kreuzkapelle gebildet worden seien. Doch auch hier habe man sich aufgrund fehlender Resonanz in Absprache mit dem Bürgermeister letztlich für einen Neuanfang des Projektes und dies im Ortsteil Marienfeld entschieden. Die Beratung und Begleitung finde hier aufgrund fehlender Ressourcen ebenfalls nur punktuell statt. Dennoch habe man in enger Zusammenarbeit mit dem vom Land geförderten Modellprojekt DorV (DORV steht für **D**ienstleistung und **O**rtsnahe **R**undum **V**ersorgung) eine allgemeine DorV Info generiert, die darüber informiere, was Nahversorgung unter dem Stichpunkt DorV bedeutet. Auch sei eine Dorfanalyse durchgeführt worden, deren Ergebnisse den Bürgern demnächst präsentiert werden.

Auch im Hinblick auf die Standorte Dambroich und Happerschoß in Hennef wies Herr Allroggen erneut auf die fehlenden Ressourcen des Vereins hin. Dennoch liefe der Standort gut. Aktuell befinde sich ein Förderantrag in Vorbereitung, der die Entwicklung der vorhandenen Räumlichkeiten als DorV-Zentrum beinhaltet. In diesem sollen u. a. Beratungen, regelmäßige Treffen und generelle soziale Kontakte stattfinden.

Über den Standort Ruppichteroth-Schönenberg berichtete Herr Allroggen, dass hier die Arbeit seit 2016 konstant aber in Wellenbewegungen laufe. Eingangs habe man sich auf Vorschlag der Bürgerschaft mit dem Thema „Nahversorgung“ auseinandergesetzt, sei aber schnell zu dem Ergebnis gekommen, dass diese durch vorhandene Angebote der Grundversorgung (Tankstelle und Café Anne) sichergestellt sei und diese als Treffpunkte ausreichen würden. Nach Schließung des Cafés sei das Thema wieder akut geworden; das MiL-Team arbeite nun daran, eine Räumlichkeit zu finden um einen neuen festen Treffpunkt für die Bürgerinnen und Bürger zu initiieren. Hierzu finden monatliche Teamsitzungen statt und das Team arbeitet eng mit dem Bürgerverein zusammen. Ein Förderantrag zur Unterstützung dieses Anliegens werde erarbeitet.

Hinsichtlich des Standortes Windeck-Leuscheid stellte Herr Allroggen als positiv heraus, dass es zu einer Vereinbarung mit der Volksbank gekommen sei, nach der der Verein die frühere Zweigstelle der Bank für den Aufbau eines DorV-Zentrums nutzen dürfe. Dort solle den Einwohnerinnen und Einwohnern dann ein breites Angebot an Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Wie die Räumlichkeiten in Zukunft genutzt und aussehen sollen, ließe sich einer vom Team erarbeiteten Skizze entnehmen. Generell würde das Vorhaben der kivi e.V. bereits auf positive Resonanz stoßen; eine Genossenschaft zur Umsetzung des Vorhabens sei in Aufbau.

In diesem Zusammenhang betonte Herr Allroggen, dass derartige Projekte nur dann erfolgreich umgesetzt werden könnten, wenn die hierfür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stünden und auch die ehrenamtlich Tätigen in ihrem Engagement unterstützt würden. Schwer zu vermitteln sei es den ehrenamtlich tätigen Personen, warum Entscheidungsprozesse z.B. bei Beantragung finanzieller Förderung häufig so lange dauerten. Positiv zu vermerken sei, dass kivi e.V. volle Unterstützung durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Projekt-Kommunen erfahre.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Hinsichtlich des Verfahrens zur Auswahl der jeweiligen Ortsteile, verwies Herr Allroggen auf die Zielsetzung der früheren MGEPA-Förderung. Hiernach habe man sich zunächst für die Standorte entschieden, die bestimmte Sachkriterien erfüllten. Kriterien seien bspw. eine bestimmte Strukturschwäche, eine Zentrumsferne oder die Einwohnerzahl. Demnach sei die Entscheidung über die Standorte nicht auf Zuruf der Kommunen erfolgt, sondern dort, wo unter diesen Aspekten ein Bedarf gesehen wurde.

Herr Allroggen wies weiter auf die sich positiv entwickelnde überregionale Zusammenarbeit hin. Durch die Unterstützung der Gemeinden würden sich dem Verein stets neue Möglichkeiten eröffnen, was sich u. a. gut an dem Beispiel der „Regionale 2025“ erkennen ließe. Andere Akteure würden über die Gemeinden auf das „MiL“-Projekt aufmerksam werden, sodass sich neue Verbindungen und damit neue Kooperationen ergeben.

Dennoch würden dem Verein die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen fehlen, um ein flächendeckendes Angebot gewährleisten zu können. In diesem Zuge erinnerte Herr Allroggen den Ausschuss an den ursprünglich gestellten Förderantrag, dem in der beantragten Höhe nicht zugestimmt wurde. Hierauf habe man reagieren müssen und in Absprache mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im personellen Bereich Einsparungen vorgenommen, sodass der Verein an einigen Standorten nur punktuell, d.h. nur auf Anfrage tätig geworden sei.

Im Anschluss an den Sachstandsbericht zum Projekt „MiL“ stellte Herr Allroggen noch kurz das neue Projekt „Ärztliche (Notfall-) Versorgung“ vor, welches sich damit befasst, Jungmediziner für den ländlichen Raum zu gewinnen. Zwar seien die ländlichen Hausarztpraxen derzeit gut besetzt; allerdings müsse man darauf hinarbeiten, dass dies auch künftig so bleibe. Um die ärztliche Versorgung in Zukunft sicherstellen zu können, habe man bereits eine Plattform aufgebaut, die Grundinformationen für den Bereich der oberen Sieg plus Lohmar liefere. Es solle außerdem eine Zentrale zum Thema Niederlassungsmanagement eingerichtet werden, in der eine fachkompetente Person zum Einsatz kommen solle. Ein entsprechender Förderantrag befinde sich derzeit noch in Vorbereitung.

Die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer bedankte sich bei Herrn Allroggen für den ausführlichen Bericht und eröffnete den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit, Fragen an Herrn Allroggen zu richten.

Abg. Schmitz bedankte sich bei Herrn Allroggen für den ausführlichen Vortrag und sprach ihm und allen Beteiligten seine Anerkennung für die bisher geleistete Vereinsarbeit aus. Darüber hinaus griff er Herrn Allroggens Ausführungen zu den langen Bearbeitungszeiten der Förderanträge auf und äußerte die Hoffnung, dass sich dies künftig beschleunigen lasse.

Hinsichtlich der vorgestellten Projekte stelle sich ihm dennoch im Hinblick auf die Regionale 2025 die Frage, welche Projektideen diese verfolge, da die Regionale 2025 seiner Ansicht nach grundsätzlich für das Konzept prädestiniert sei. Bezüglich der „Ärztlichen (Notfall-)Versorgung“ würde er ebenfalls gerne wissen, welche Bereiche hierunter fallen und welche nicht. Ebenso interessiere es ihn, welche Ideen bereits umgesetzt wurden.

Herr Allroggen antwortete, dass die ärztliche Notfallversorgung im ersten Schritt des Vorhabens nur eine periphere Rolle einnehme, da es zunächst beabsichtigt sei, die medizinische Normalversorgung durch die Hausärzte sicherzustellen und auszubauen.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

en. Dazu benötige es allerdings nicht nur am Thema Interessierte; man habe vielmehr festgestellt, dass denjenigen, die am Thema „Hausarzt“ interessiert sind, auch die allgemeinen Gegebenheiten im ländlichen Raum, wie z.B. geeignete Praxisräume, Wohnungen, KiTa- und Schulplätze, wichtig seien. Einerseits müssten diese Bedarfe zunächst ermittelt und Gespräche mit den Interessenten geführt werden; gleichzeitig müsse unter Beteiligung der verschiedenen Akteure (Kommunen, Kindergartenträger u. s. w.) überlegt werden, ob und wie man diese umsetzen könne. Daher wolle man ein Niederlassungsmanagement einrichten. In anderen Bundesländern habe sich diese Idee bereits bewährt. Hierzu verwies er nochmals auf den bei der Vital.NRW gestellten Förderantrag. Parallel habe man das Gespräch mit der RegioKölnBonn gesucht, da sich diese vom Grundsatz her mit ähnlichen Inhalten, wie z.B. der Stärkung des ländlichen Raumes befasse.

Abg. Eichner drückte insbesondere seine Betroffenheit hinsichtlich der im Vortrag verdeutlichten schleichenden Infrastrukturschwäche aus. Dies sei mitunter einer der Gründe, weshalb seines Erachtens die Bürger aus dem Osten als Protestbewegung heraus die AfD wählen. Ein wesentliches Problem stellten dabei u. a. die fehlenden Verkehrsanbindungen in die Stadt dar, wozu insbesondere der Aspekt der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum gehöre. Da Herr Allroggen in seinem Vortrag mehrfach die punktuellen Hilfen angesprochen habe, fragte Abg. Eichner nach, wie dies genau zu verstehen sei. Er erkundigte sich danach, inwieweit das MiL-Team bzw. die Organisation kivi e.V. vor Ort aktiv sei.

Herr Allroggen berichtete, dass die Betreuung ursprünglich durch 2 Vollzeitkräfte vor Ort hätte erfolgen sollen, dies jedoch auf 1,5 VKs hätte reduziert werden müssen, da schon jetzt ein Finanzloch von über 30.000,00 € zu überbrücken sei. Zwar wünsche man sich mehr Kontinuität, allerdings seien die Möglichkeiten nur begrenzt. So versuche man regelmäßig 1-2 x pro Woche vor Ort zu sein und biete zudem telefonische Sprechzeiten an.

Er informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass kivi e.V. für 2018 mit einem Zuschuss der MGEPA von über 60.000,00 € gerechnet, letztlich jedoch nach einigen Erörterungen lediglich einen Teilzuschuss in 2019 von einem Zehntel des Ausgabebetrages erhalten habe.

Abg. Deussen-Dopstadt bedankte sich für die bisher geleistete Arbeit und sprach Herrn Allroggen im Namen ihrer Fraktion ihre Anerkennung aus. Unter Hinweis auf die Erfahrungen von Herrn Allroggen und seinem MiL-Team wie schwierig es sei, neue Ehrenamtler zu akquirieren, fragte sie nach, wie sich dies konkret darstelle. Ihre Fraktion hätte in den vergangenen Wochen die Tafeln besucht und dort die Erfahrung gemacht, dass es immer schwieriger werden würde, ehrenamtlich Engagierte unter den „jungen älteren Menschen“ zu finden. Daher bat sie Herrn Allroggen um seine Einschätzung zu diesem Umstand.

Des Weiteren verwies Abg. Deussen-Dopstadt zum Thema der ärztlichen (Notfall-) Versorgung auf einen Vortrag der Ärztekammer, der in der kommunalen Gesundheitskonferenz gehalten worden sei. Dort habe man konkrete Modelle, z.B. zum Job-Sharing in ländlich gelegenen Praxen, vorgestellt. Auch habe man über die Möglichkeit informiert, vergünstigte Kredite für den Aufbau derartiger Praxen erhalten zu können. In der Verwaltungsvorlage sei auf den Beschluss des Kreistages aus 2016 hingewiesen worden, wonach bestehende Strukturen der Seniorenvertretung durch MiL/ kivi e.V. nicht verdrängt werden sollen; analog dazu stelle sich ihr daher die Frage, ob die Projekte der Ärztekammer nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Bezugnehmend auf die erste Frage trug Herr Allroggen vor, dass sich die mobilen jüngeren Älteren für das Ehrenamt zwar interessierten, sich dies allerdings für die Zukunft vornehmen würden. Die „älteren Älteren“ hingegen engagierten sich, seien jedoch meist bereits in Bürgervereinen o.ä. aktiv. Neue Ehrenamtliche ließen sich meist nur durch Mundpropaganda akquirieren. So habe man z.B. die Gelegenheit genutzt, Ehrenamtliche im Rahmen der Bürgerbefragung in Leuscheid oder über Gemeindeblättchen zu finden. Herr Allroggen betonte, dass dies jedoch sehr zeit- aufwändig sei und regelmäßig Anstöße benötige.

Zu Frage 2 teilte Herr Allroggen mit, dass die Idee des Jobsharing aufgegriffen worden sei. Künftig wolle man mehr für den Aufbau von Gemeinschaftspraxen werben; gleichwohl müssten auch hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt sein.

SkB Dr. von Schlesinger merkte hinsichtlich der eingeschränkten Mobilität an, dass die in Eitorf-Merten angebotenen Mitfahrbänke seines Erachtens am interessantesten seien und fragte nach, inwieweit dieses Angebot auch in anderen Ortsteilen forciert werde, da es doch sehr gut angenommen wird.

Herr Allroggen teilte mit, dass die Mitfahrbänke einer der ersten Punkte gewesen seien, die vor Ort angesprochen und daher so schnell umgesetzt wurden. Dennoch gäbe es viele weitere gleichwertige und erfolgreiche Angebote, wie z.B. den Mittagstisch.

Hinsichtlich der Mitfahrbänke habe man anfangs eine Auflistung von über 60 geeigneten Stecken vom Kreis erhalten. Die Vorschläge seien differenziert an die Kommunen weitergeleitet worden. Zwischenzeitlich habe es schon einige Rückmeldungen gegeben. Das Angebot sei bislang nicht forciert worden, da die Fördermittel bis dato noch nicht freigegeben seien und die ersten Schritte nun mit Aufhebung des Sperrvermerks in Angriff genommen werden könnten.

SkB Droste bedankte sich ebenfalls bei Herrn Allroggen für sein Engagement hinsichtlich der Akquirierung von Ehrenamtlichen, mahnte jedoch an, dass sämtliche Bemühungen auf kommunaler Ebene seiner Ansicht nach ein Reparaturbetrieb seien, welcher immer dann aktiv werden müsse, wenn die Anstrengungen auf Bundes- und Landesebene scheiterten.

Ferner fragte SkB Droste nochmals nach, wie die Passage in der Vorlage zu verstehen sei, dass „vorhandene Strukturen der Seniorenvertretung nicht verdrängt werden sollen“. Im Hinblick auf die finanzielle Situation des Vereins stelle sich ihm außerdem die Frage, wie dies mit der Erwartungshaltung des Kreistages, nach der der Verein keine weiteren Fördergelder beantragen solle, zu vereinbaren sei.

Hinsichtlich der finanziellen Probleme von kivi e.V. wies Herr Allroggen darauf hin, dass er bewusst kein Geld vom Kreis eingefordert habe. Der Verein vertrete die Ansicht, dass sich die bisherige Arbeit als richtig erwiesen habe und es daher sinnvoll sei, diese auch weiter fortzusetzen. Hierzu benötige man die notwendigen Ressourcen und letztlich sei ihm egal, woher die Unterstützung herkomme. Die öffentliche Hand sei aber ein wichtiger Akteur, da das Engagement der Bürger und anderer Vereine und Unternehmen allein nicht ausreiche.

Abg. Anschütz bestätigte die Ausführungen zur Vereinsamung und Infrastrukturschwächung; auch in ihrem Dorf würden Banken und Geschäfte schließen. Die Idee mit der Genossenschaft in Leuscheid befürworte sie, da es Projekte gebe, die hierbei

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

z.B. für Menschen mit Einschränkungen einen Arbeitsplatz schaffen würden. Sie interessieren wie die Chancen stünden, den Schwerpunkt nicht nur auf das Ehrenamt zu setzen, sondern auch auf neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Herr Allroggen informierte, dass es eine Vielzahl von Ortsteilen gebe, die teilweise sehr unterschiedlich und auch schwierig zu aktivieren seien. Daher sei die Zusammenarbeit der Ehrenamtlichen, der Unternehmen und der öffentlichen Hand umso bedeutsamer.

Abg. Leitterstorf bedankte sich ebenfalls bei Herrn Allroggen für sein Engagement. Im Hinblick auf das breitgefächerte Angebot stelle sich ihr die Frage, inwieweit der „Mittagstisch“ umsetzbar sei, da man hier – anders als bei dem „Kaffeeklatsch“ - die warmen Mahlzeiten zubereiten müsse. Sie fragte daher nach, wie dies organisiert sei.

Herr Allroggen erklärte, dass es an verschiedenen Orten unterschiedliche Modelle gebe. So würden nicht nur Ehrenamtliche selbst einige Speisen zubereiten, auch naheliegenden Seniorenheime unterstützen die Arbeit durch Öffnung des Mahlzeitenangebots gegen einen kleinen Endpreis. Man dürfe auch nicht vergessen, dass nicht das Essen an sich im Fokus stehe, sondern vielmehr das Zusammentreffen der Bürger.

Abg. Dr. Fleck sprach Herrn Allroggen ebenfalls seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus und bat um genauere Informationen, was für Kosten einerseits in den DorV-Zentren entstehen und in welcher Größenordnung diese anfallen würden.

Herr Allroggen räumte ein, dass er hierzu derzeit keine konkreten Angaben machen könne, man allerdings insgesamt von einem 6-stelligen Betrag pro Jahr ausgehen könne. Gehe man dabei von einem Vollversorgungszentrum aus, so würden u.a. Kosten für Lebensmittel, Räumlichkeiten, das Mobiliar u.Ä. anfallen. Ebenso müsse eine hauptamtliche Stelle eingerichtet werden, die sich u.a. mit den Abrechnungen befassen müsse. Darüber hinaus dürften auch nicht die Kosten für laufenden Betrieb (Wareneinkauf und Personalkosten) vergessen werden.

Abschließend ließ die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser fasste folgenden Beschluss:

B.-Nr.
100/19

„Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Bericht des Vereins kivi e.V. zum Fortgang der Projekte „Mitten im Leben“ zur Kenntnis.

Der Sperrvermerk für die im Haushalt 2019/2020 zur Verfügung stehenden Mittel (Teilprodukt 0.50.40.02) wird in Höhe von 25.000,- € für 2019 aufgehoben.“

Abst.-
Erg.:

Einstimmig

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

6	Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen; hier: Antrag des SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. auf Übernahme von Eigenmitteln	
---	--	--

Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.
101/19

„Der Rhein-Sieg-Kreis beteiligt sich mit einem Betrag von bis zu 20.000 € an den vom SKM - Katholischer Verein für soziale Dienst im Rhein-Sieg-Kreis e. V. im Rahmen seiner Projekt-Teilnahme an der Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen aufzubringenden Eigenmitteln.

Entsprechende Haushaltsmittel sind im Doppelhaushalt 2019/2020 des Rhein-Sieg-Kreises nicht veranschlagt; die Kreiskämmerin wird gebeten, diese im laufenden Haushaltsjahr 2019 in Höhe von bis zu 20.000 € bei Produkt 0.50.60 - Förderung von Einrichtungen und Diensten - außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.“

Abst.-
Erg.:

Einstimmig

7	Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Informationen zum Sachstand	
---	---	--

Dezernent Schmitz informierte die Ausschussmitglieder eingangs darüber, dass die Lenkungsgruppe am 26.08.2019 erstmalig getagt habe. Wie zugesagt werde die Verwaltung eine Fachveranstaltung für alle Ausschussmitglieder anbieten. Diese werde am 15.11.2019 ab mittags stattfinden. Eingeladen seien nicht nur die hier anwesenden Ausschussmitglieder, sondern ebenfalls jene des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit, da die Sozial- und Gesundheitsplanung beide Ausschüsse bediene. Darüber würden die Wohlfahrtsverbände ebenfalls die Möglichkeit haben, an dem Workshop teilzunehmen. Dezernent Schmitz bat darum, sich den Termin bereits vorzumerken; ein entsprechendes Einladungsschreiben des Landrates werde folgen.

Bei weiteren Rückfragen stünde die für die Sozial- und Gesundheitsplanung zuständige Koordinatorin, KVOR'in Lübbert, ebenfalls zur Verfügung, wobei auch weiterhin eine regelmäßige Sachstandsmitteilung in den Ausschusssitzungen erfolgt.

Unter Hinweis auf die in der Vorlage enthaltene Information, dass eine Kommune nicht ihr Einverständnis zur Verwendung der anonymisierten Daten für Zwecke der Sozial- und Gesundheitsplanung abgegeben habe, gab der SkB Droste seiner Sorge Ausdruck, ob die am Ende in die Datenbank eingepflegten Ergebnisse überhaupt mit denen der anderen Kommunen verglichen werden könnten, da möglicherweise andere Filter verwendet wurden.

KVOR'in Lübbert erklärte, dass es sich hierbei um die Stadt Sankt Augustin handele, die eine eigene Sozialplanung aufbaue. Man stehe in engem Austausch mit der dortigen Sozialplanerin und sehe deshalb keine Schwierigkeiten; vielmehr sei nachvollziehbar, dass die Kommune aufgrund ihrer eigenen Sozialplanung die Datenauswertung selber steuern wolle.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der Sachstandsbericht so zur Kenntnis genommen.

8	Weiterentwicklung des Schutzangebotes für Frauen und Kinder im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---	--

Abg. Eichner äußerte sich positiv dazu, dass der Umzug des kreiseigenen Frauenhauses in ein neues Gebäude demnächst anstünde. Ferner hoffe er, dass das Land NRW mit seinen Planungen vorankomme, so dass auch auf kommunaler Ebene weitergeplant werden könne.

Hinsichtlich des Punktes 5.3 auf der Seite 65 fragte er nach, weshalb einerseits davon die Rede sei, dass eine konzeptionelle Zusammenarbeit beider Frauenhäuser, dem kreiseigenen Frauenhaus und dem autonomen Frauen- und Kinderschutzhaus Troisdorf, stattfinden solle, gleichzeitig aber zwei unterschiedliche Konzeptionen in der Anlage vorgestellt werden. Ihm stelle sich die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, bei einer Zusammenarbeit eine gemeinsame Konzeption zu haben.

Dezernent Schmitz gab Aufschluss darüber, dass dies die beiden aktuell bestehenden Konzeptionen der beiden Frauenhäuser seien. Allerdings sei auch perspektivisch nicht beabsichtigt, für beide Frauenhäuser eine einheitliche Konzeption zu entwickeln, zumal das autonome Frauenhaus bislang eine ganz eigene Entwicklung durchlaufen habe.

Vielmehr wolle die Verwaltung Schritt für Schritt prüfen, welche Konzepte generell geeignet seien. Dies müsste jedoch immer auch in Interaktion mit den Aktionen des Landes und anderer Beteiligter erfolgen. So käme bspw. der Landschaftsverband Rheinland als weiterer Akteur hinzu, wenn man mehr Menschen mit Behinderung aufnehmen wollen würde.

Ein erster Schritt sei es daher gewesen, ein gemeinsames Fachforum zu schaffen, in dem sich die Fachleute intensiv über die Inhalte austauschen und so enger zusammenarbeiten können.

Auf Nachfrage von SkE Klippel, was mit den auf Seite 69 genannten Querschnittskosten gemeint sei, erläuterte Dezernent Schmitz, dass darin Kosten für Overheads enthalten seien, die aufgrund haushalterischer Vorgaben bei den Sachkosten einfließen.

Auf den von SkE Klippel ferner geäußerten Wunsch, bei der konzeptionellen Zusammenarbeit ebenfalls die „Subsidiarität“ zu berücksichtigen, wies Dezernent Schmitz darauf hin, dass bereits Gespräche stattfänden, inwieweit andere Akteure beteiligt werden könnten.

Abg. Schmitz dankte der Verwaltung zunächst ausdrücklich im Namen seiner Fraktion für die Ausarbeitung des ersten Grobkonzepts, welches seiner Ansicht nach eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Schutzkonzeption für die Frauen und Kinder des Rhein-Sieg-Kreises darstelle. Er zeigte sich zuversichtlich, dass man hieraus zu gegebener Zeit ein gutes Feinkonzept entwickeln könne und bat die Verwaltung in diesem Zusammenhang den Ausschuss regelmäßig über die weitere Entwicklung zu unterrichten, da auch in den Regionen Troisdorf und Sankt Augustin das örtliche Interesse hieran groß sei.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Deussen-Dopstadt schloss sich ihrem Vorredner an und begrüßte insbesondere die Gespräche zwischen den beiden Trägern der Frauenhäuser, da sich ihre Fraktion für die Zukunft erhoffe, dass bestimmte Angebote für bestimmte Gruppen in Absprache vorgehalten werden könnten.

Hinsichtlich der Vorlage verwies sie auf die Seite 61 und bat um Information, weshalb das Projekt Luisa noch nicht umgesetzt worden sei.

VA'e Lindemann klärte die Anwesenden darüber auf, dass die Frauenberatungsstellen im Rhein-Sieg-Kreis vergleichbare Projekte anbieten würden, aber nicht konkret das Projekt Luisa. Es habe sich gezeigt, dass das Projekt „Luisa“ für Großstädte geeignet sei und weniger für den ländlichen Raum.

Abg. Deussen-Dopstadt zeigte sich hierüber verwundert, da der Ausschuss in seiner letzten Sitzung ausdrücklich über das Projekt Luisa für den ländlichen Raum abgestimmt habe und fragte nach, was nun aus diesem Beschluss geworden sei. Darüber hinaus merkte sie an, dass es einer klaren Gesetzgebung und Finanzierung seitens des Landes bedürfe, um die weitere Konzeption inhaltlich zu justieren.

In diesem Zusammenhang versicherte Dezernent Schmitz, sich dieser Sache nochmals anzunehmen und die Ergebnisse dann an den Ausschuss zu kommunizieren.

Anmerkung der Verwaltung:

Neben anderen Präventionsangeboten der Frauenberatungsstellen wurde in der 23. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.01.2019 unter TOP 2 auch das Projekt „Luisa ist hier“ seitens der Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt e.V. Bonn vorgestellt. Der Tagesordnungspunkt endete seinerzeit mit einer allgemeinen Aussprache; Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Abg. Frohnhöfer sprach der Verwaltung ebenfalls ihren Dank für die ausführliche Vorlage aus und befürwortete, dass beide Frauenhäuser jeweils ihre eigene Konzeption haben sollten.

Auf Nachfrage von SkB Droste erläuterte Dezernent Schmitz, dass es – unabhängig von den Ergebnissen der Landesstudien zum Bedarf an Frauenhausplätzen – die Möglichkeit gebe, jeden zusätzlichen Platz mit 7.000 € zu bezuschussen. Ob und inwieweit die Träger eines Frauenhauses von dieser Fördermöglichkeit Gebrauch machten, obläge ihrer Entscheidung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, lies die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer den Ausschuss über die Beschlussvorschläge gemeinschaftlich abstimmen. Dieser fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
102/19

1. „Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt das hier vorgestellte Konzept zur Kenntnis.“
2. Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Verwaltung die aus der Anmietung der neuen Gebäude resultierenden Tagessätze, als Geschäft der laufenden Verwaltung, einpflegt. Dieses gilt für das Frauenhaus Troisdorf und für das kreiseigene Frauenhaus.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3. Um das Schutzangebot des in Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises befindlichen Frauenhauses nahtlos sicherstellen zu können, soll das Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises im Jahr 2020 in neue Räumlichkeiten umziehen.“

Abst.- Einstimmig
Erg.:

9	Förderung der Beratungsarbeit der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V.; hier: Aufhebung eines Sperrvermerks	
---	--	--

Ohne Aussprache wurde nach Vorlage beschlossen:

B.-Nr. „Der Sperrvermerk im Doppelhaushalt 2019/2020 bezüglich der für die Förderung der Beratungsarbeit der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V. zur Verfügung stehenden Mittel (Produkt 0.50.60, in 2019 und 2020 jeweils 15.000 €) wird unter der Maßgabe aufgehoben, dass die im Entwurf vorliegende Leistungsvereinbarung zwischen der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V. und dem Rhein-Sieg-Kreis kurzfristig abgeschlossen wird.“
103/19

Abst.- Mehrheitsbeschluss ./ AfD
Erg.:

10	Kommunales Integrationszentrum - Aktueller Sachstand	
----	--	--

Bevor Dezernent Schmitz zu seinem Sachstandsbericht zur Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“ kam, stellte er den Anwesenden die stellvertretende Leitung des Kommunalen Integrationszentrums (nachfolgend: KI), VA'e Frau Farshi, vor, die die Leiterin des KI, VA'e Frau Dinstühler, in der heutigen Sitzung vertrete. Er berichtete, dass der Kreis derzeit auf eine sich in Ausarbeitung befindliche Richtlinie des Landes NRW zu dem vorgenannten Projekt warte, dies jedoch einige Zeit in Anspruch nehme, da bei dem Projekt „Gemeinsam klappt's“ insgesamt vier Ministerien beteiligt seien, die sich miteinander abstimmen müssten.

Auf Kreisebene habe man jedoch bereits eine Bündniskerngruppe ins Leben gerufen, bei der es im Wesentlichen um den „Förderbaustein 6“ gehe. Dieser befasse sich mit dem Teilhabemanagement für den Personenkreis der Geduldeten, der ca. 200 Personen umfasse.

Letztlich handele es sich bei dem Förderbaustein 6 um eine Ergänzung zum Thema Fallmanagement in den bestehenden Bereichen der Arbeitsförderung, d.h. des SGB III, aber auch in Bezug auf Aktivitäten der Jugendhilfe oder der Migrationsberatung. Zielgruppe seien die 18 bis 27-Jährigen jungen geflüchteten Erwachsenen, denen nochmals vermehrt Wege in die Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung aufgezeigt werden sollen. Das KI befinde sich derzeit im Austausch mit dem Land, wobei sich die Forderung des Landes, den Schwerpunkt grundsätzlich jeden Monat anders zu setzen, in der Praxis als schwierig erweise. Ursprünglich sei es der Plan gewesen, einen Teil der 19 Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises eigenverantwortlich handeln zu lassen, wohingegen letztlich eine Gesamtverantwortlichkeit des KI gewünscht wurde.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Man arbeite derzeit noch dran und hofft, dass bei der nächsten Sozialdezernentenkonferenz im November hierüber beschlossen werden kann.

Als Nächstes berichtete Dezernent Schmitz unter Verwendung der als Anlage zur Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation (Anlage 2) von dem am 04.07.2019 verliehenen Integrationspreis des Rhein-Sieg-Kreises, der in drei Kategorien (partizipative (1), präventive (2) und dialogfördernde (3) Projekte) verliehen und mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000,- € prämiert wurde. Nähere Informationen lassen sich der vorgenannten Anlage entnehmen.

Folgende Projekte wurden ausgezeichnet:

Kategorie 1: „Internationale Nähstube Bad Honnef“

Kategorie 2: „Respekt! Zeit für Vielfalt, Zeit für Nachhaltigkeit“

Kategorie 3: „Welcome Scouts und Fotoprojekt „Flüchtige Momente“

Dezernent Schmitz hob hervor, während des gesamten Prozesses habe sich gezeigt, dass das Integrationsangebot im Rhein-Sieg-Kreis sehr vielfältig sei und eine Vielzahl von Menschen zusammenbringe.

Insgesamt betrachtet sei die Aktion ein voller Erfolg gewesen, sodass der Integrationspreis auch nächstes Jahr verliehen werden solle. Eine entsprechende Einladung an alle Fraktionen werde rechtzeitig erfolgen.

Ferner habe das KI zu dem Thema Integrationspreis eine Medienzusammenfassung (Anlage 3) erstellt, die dem Ausschuss mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt werde.

Von Seiten des KIs sei als Nächstes ein Siegelprozess geplant, wozu am 21.11.2019 ein Jurytermin stattfinden werde. Hierbei gelte es herauszufinden, wie die Kommunen im Hinblick auf das Thema „Interkulturellen Öffnung“ zusammenarbeiten und wie gut diese hierzu aufgestellt seien. Für das Siegel beworben haben sich das Jobcenter, die Stadt Troisdorf, die Gemeinde Swisttal und das Gymnasium in Eitorf. Ansprechpartnerin für den Siegelprozess sei VA'e Frau Farshi.

Darüber hinaus habe man ein Grobkonzept zu dem Thema „Interkulturelle Öffnung“ erstellt und sei derzeit dabei die Verwaltung, sowie neue Mitarbeiter in diese Thematik einzuführen.

Am 06.11.2019 finde außerdem ein sog. „Wertedialog“ statt, an dem in erster Linie das Ministerium für Familie und Integration beteiligt sein werde. Zielsetzung sei es hier, den Austausch zwischen den Bürgern und den Dialog mit den Bürgern zu fördern. An der Veranstaltung teilnehmen würden u.a. der Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Herr Dr. Joachim Stamp, und die Staatssekretärin Frau Serap Güler.

Im Anschluss an den Sachstandsbericht erkundigte sich Abg. Eichner, ob es möglich sei, der Niederschrift eine Aufstellung aller Initiativen und Organisationen beizufügen, die sich für den Integrationspreis beworben haben mit dem Zusatz, womit sich diese befassen.

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dezernent Schmitz erklärte, dass er sich der Sache annehme und glaube, dass dem Kath. Sozialinstitut, welches das KI in seiner Tätigkeit unterstützt habe, eine Übersicht über sämtliche Aktivitäten vorliege. Dennoch müsse er schauen, inwieweit dem

Ausschuss diese zur Verfügung gestellt werden kann. Grundsätzlich sei er jedoch damit einverstanden (Anlage 4).

11	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

Ende des öffentlichen Teils

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 02.09.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

12	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

Cornelia Mazur-Flöer
Stv. Vorsitzende

Nadine Klein
Schriftführerin